

Calmer Calwblatt

Nr. 110.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verlagspreis: In der Stadt mit Erdgebühr M. 45.— vierteljährlich, Postzusatz M. 45.— mit Belegzeit. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Samstag, den 13. Mai 1922.

Verlagspreis: In der Stadt mit Erdgebühr M. 45.— vierteljährlich, Postzusatz M. 45.— mit Belegzeit. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Neueste Nachrichten.

Die Verhandlungen gegen den Fälscher **Ausbach**, der damit Geschäfte machte, daß er der Entente angeblich einwandfreies Material über geheime militärische Vorbereitungen Deutschlands lieferte, zeigen, mit welchen nichtswürdigen Mitteln die Franzosen arbeiten, um ihre Gewaltpolitik gegen Deutschland zu rechtfertigen. Kein Wort ist dabei über den Charakter des Fälschers selbst zu verlieren.

Auch der **Fechenbach-Prozess** hat ein trauriges Bild moralischer Verkommenheit in politischen Dingen enthüllt. **Eisner** hat tatsächlich, um das frühere Regime zu belasten und der Völkerverföhnung zu „dienen“, die bayrischen Gesandtschaftsberichte während der österreichisch-serbischen Krise gefälscht. Im Hinblick darauf, daß die Entente ihre Behauptungen bezüglich der Kriegsschuld Deutschlands größtenteils auf diesen ihr von Eisner zur Verfügung gestellten Berichten aufgebaut hat, wird dem Ausgang des Prozesses in Deutschland großer Wert zugemessen. Daß aber auch ohne diese Fälschungen wir keinen andern Frieden erhalten hätten, darf als ziemlich sicher angenommen werden. Wer heute noch an moralische Ueberzeugungen der Ententestaatsmänner hinsichtlich der Behandlung Deutschlands glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Um was es der Entente bei allen ihren politischen, wirtschaftlichen oder „moralischen“ Aktionen geht, das haben wir doch wahrlich bis auf den heutigen Tag genügend kennen gelernt. Auch die Konferenz von Genua ist nur eine Etappe auf ihrem planmäßig verfolgten Ziele, die Welt politisch und wirtschaftlich zu beherrschen. Da dieses Ziel mit dauernder Kriegführung nicht zu erreichen ist, wird auch der „friedliche“ Weg versucht. Deshalb wofen die Alliierten nach den heute vorliegenden Nachrichten auch die schneidige Antwort der Russen nicht völlig ablehnen, sondern das Angebot, die finanziellen Fragen einem Sachverständigenausschuss zu übertragen, annehmen. Selbst die Franzosen wollen die Verhandlungen nicht abbrechen, obwohl sie weiterhin in Reserve zu bleiben beabsichtigen. Unseres Erachtens handelt es sich hier aber nur um ein abgekartetes Doppelspiel der Entente, genau so wie es Deutschland gegenüber getrieben wird, um möglichst viel durch politischen Druck zu erreichen.

Der deutsche Reichsfinanzminister ist jetzt nach Paris abgereist, um mit den Franzosen direkt über das Reparationsproblem zu verhandeln. Mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. In England gibt man vor, beunruhigt zu sein über die französische Absicht, allein gegen Deutschland im Falle der Nichterhaltung der Zahlungen vorzugehen. Und die amerikanischen Finanzleute wollen uns auch nur Geld geben, wenn die Franzosen sich verpflichten, ihre Gewaltpolitik aufzugeben.

Die russische Frage.

Die Russen haben mit ihrer neuesten Antwort an die Entente dieser, namentlich aber den Franzosen, eine Lektion erteilt, an der auch wir eine unvermischte Freude haben können, denn sie macht die Mächte, die sich jetzt schon als Herren der Welt benehmen, darauf aufmerksam, daß sich Rußland nicht als Besiegter behandeln lasse, sondern sich als gleichberechtigter Verhandlungsteilnehmer geachtet wissen will. Die russische Note stellt eine reizvolle Antwort auf das tags zuvor noch von Barthou an den Präsidenten der Konferenz, den Ministerpräsidenten Facta gerichtete Schreiben dar, in welchem er gegen die Verschiebung der russischen Antwort protestiert, und die Festsetzung einer Frist verlangt hatte, innerhalb welcher die Russen der Konferenz eine klare Antwort erteilen müßten. Nun diese Antwort ist so klar wie möglich ausgefallen. Die Russen betonen, daß gerade der wichtigste Punkt der Konferenz von Genua, nämlich die Frage, wie der Weltindustrie 150 Millionen Verbraucher und unendliche Mengen von Rohstoffen durch Wiedererschließung des russischen Wirtschaftslebens zurückgegeben werden könnten, bis heute noch nicht einmal berührt worden sei. Die russische Delegation sei mit einer ganzen Reihe von Vorschlägen betreffend Kredite und Anleihen gekommen, für welche Rußland reale Garantien bieten würde, neben der Garantie, die den Angehörigen fremder Staaten für ihr Eigentum gewährt werden würde. Den ausländischen Interessenten sollte eine Reihe von industriellen, landwirtschaftlichen, Bergwerks- und andere wirtschaftliche Konzessionen gewährt werden. Die Russen wollen also den Alliierten sehr weit entgegenkommen. Sie verlangen dagegen aber auch ein Entgegenkommen in der Frage der russischen Schulden. Gegenüber der Forderung der Entente, daß die Sowjetregierung die Vorkriegsschulden der Zarenregierung, sowie die russischen Kriess-

schulden anerkennen, und die Besitzer des privaten ausländischen Eigentums, das nationalisiert wurde, entschädigen soll, schlägt die russische Abordnung eine Annullierung der aus der Vergangenheit zwischen Rußland und anderen Mächten entsprungenen Ansprüche und Gegenansprüche vor. Die Russen nehmen demnach trotz Ablehnung der Entente ihre Forderung wieder auf, daß die Entente die Schäden ersetzen müsse, die durch die von den Alliierten unterstützten gegenrevolutionären Aktionen entstanden sind. Das sei eben das große Hindernis, das den Fortgang der Konferenzarbeiten so sehr störe, daß der Gedanke der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinreichend geteilt werde. Die Note macht schließlich den Vorschlag, die zwischen der Entente und Rußland schwebenden Fragen einem Sachverständigenausschuss zu überweisen, wenn die Alliierten nicht von ihrem Standpunkt abweichen wollen. Damit ist also die Möglichkeit einer Fortsetzung der Konferenz gegeben, denn es wird betont, daß diese Meinungsverschiedenheiten nicht hindern dürften, daß die andern alle Länder interessierenden Probleme zu allererst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Rußlands und für die Festigung des Friedens in Genua gelöst werden können und müssen.

Man muß es den Russen lassen, sie verstehen es ausgezeichnet, den Ententestaatsmännern mit demselben Raffinement gegenüberzutreten, wie diese es bei Verfolgung ihrer Weltveroberungspläne bisher angewendet haben. Sie zeigen den Ententemächten, daß nur ihre unerfällige Hab- und Machtgier den Wiederaufbau Europas und Rußlands behindern, sie bieten ihnen aber trotzdem wirtschaftliche Konzessionen, und schieben damit die Schuld von sich, wenn die Konferenz an dem Starrsinn der Franzosen scheitern sollte. In erster Linie ist ihnen an der Anerkennung der Sowjetregierung gelegen, um die auch wohl die Alliierten nicht herumkommen werden, wenn sie endlich einmal geregelte Zustände in Europa erreichen wollen, ohne die das Wirtschaftsleben der Welt sich nicht wieder in Gang bringen läßt. Und die Russen weisen auch darauf hin, daß nur durch den Wiederanschluß Rußlands an die Weltwirtschaft eine Erleichterung der durch den Krieg entstandenen Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit geschaffen werden könne.

Man darf gespannt sein, wie sich die Alliierten zu der russischen Auffassung stellen werden. Nach den im Augenblick der Abfassung dieses Artikels vorliegenden Nachrichten nimmt man die Note in englischen und italienischen Kreisen günstig auf. Das Ergebnis der endgültigen Stellungnahme muß aber noch abgewartet werden. Wir glauben aber doch annehmen zu dürfen, daß weitere Verhandlungen folgen werden, wie überhaupt auch heute noch der Eindruck vorherrscht, daß die Entente ein großes Interesse daran hat, Genua wenigstens als Ausgangspunkt einer Regelung der Weltwirtschaftsfragen auf absehbare Zeit zu benötigen, um auf dieser Grundlage die machtpolitischen Fragen in einer mehr „friedlichen“ Weise behandeln zu können. In diesem Sinne arbeiten England und Italien, hinter denen Amerika steht, und vielleicht bringen es diese Mächte auch fertig, das eben so von pathologischem Größenwahn wie hysterischer Angst befallene Frankreich zu beschwichtigen. Daß man die leitherrigen diktatorischen „Verhandlungs“-Methoden nicht für vorteilhaft hält, zeigt vielleicht die bis jetzt nur vermutungsweise vorhandene Neigung der Franzosen, in bezug auf das Reparationsproblem mit Deutschland direkt zu verhandeln. Wenn es möglich wäre, hier zu einer Vereinbarung zu kommen, die die deutsche Regierung im Hinblick auf die gegenwärtigen außenpolitischen Verhältnisse verantworten zu können glaubt, so wäre schon allerlei erreicht. Aber wie gesagt, man tut gut, den Optimismus nicht zu hoch fliegen zu lassen, denn angesichts des großen Konfliktsstoffs, der immer noch vorhanden ist, bedarf es nur eines geringen Anstoßes, um das ganze Gebäude schöner Pläne umstürzen zu machen: Und dann: Deutschland wird immer noch schwer genug zu tragen haben, wirtschaftlich und — moralisch, selbst wenn man uns gewisse finanzielle Konzessionen machen sollte. D. S.

Genua.

Nach der russischen Antwort. Zur Stimmung in den Kreisen der Alliierten und Neutralen.

Genua, 12. Mai. (Spezialbericht des W.B.) Ueber die Haltung der Franzosen gegenüber der russischen Antwort wird mitgeteilt, daß Frankreich über den stark polemischen Ton der russischen Antwort unangehalten ist. Es hatte eine präzisere (?) Antwort erwartet. Dennoch wird die russische Antwort nicht abgelehnt; im Gegenteil dementieren

Männer wie Picard, Barrère und Poncet energisch das heute noch aufgetauchte Gerücht, nach dem die Franzosen in 3-4 Tagen abreifen würden. Das treffe nicht zu. Man werde die russische Antwort in der ersten Unterkommission für russische Fragen, die auf morgen nachmittag verlagert wurde, vorlegen und diese Kommission werde sich, wenn Zwischenfälle nicht eintreten, dahin entscheiden, daß die finanzielle Frage einer Sachverständigenkommission überwiesen werde. Damit ist nach Ansicht der Franzosen das russische Problem vorläufig erledigt und die Konferenz kann sich nunmehr den anderen noch ausstehenden Fragen zuwenden. Die Neutralen, besonders die Schweiz, sind mit dieser Lösung der russischen Frage durchaus nicht einverstanden, weil sie gerne gesehen hätten, daß diese Angelegenheit in Genua reiflich überlegt worden wäre. Motta hat diesem Gedanken auch in einer Unterredung Ausdruck verliehen, die er gestern abend mit Barthou hatte. Auch der Führer der holländischen Delegation, Karnebeek, hat sich in ähnlicher Weise geäußert. Die Engländer und die Italiener halten nach wie vor die russische Antwort für eine genügende Verhandlungsbasis. Insbesondere erklärt Italien, in der russischen Frage mit England konform zu gehen, weil man endlich zu einem Ergebnis kommen müsse. In Delegations-Kreisen rechnet man noch mit einer Dauer der Konferenz von ungefähr 20 Tagen.

Genua, 12. Mai. (Spezialbericht des W.B.) Der holländische Minister des Aeußern, van Karnebeek, der schweizerische Delegierte Motta und der Führer der rumänischen Delegation, Bratianu, waren heute bei Lloyd George zum Frühstück geladen. Später kamen noch Skimunt, Rintschitsch, der schwedische und der japanische Delegierte zu Lloyd George. In einer mehrstündigen Besprechung wurden die russische Frage und die britische Auffassung bezüglich der Zukunft der Konferenz erörtert.

Genua, 12. Mai. Halbamtlich wird gemeldet: Gestern abend hatten Schanzer, Lloyd George und Barthou eine lange Unterredung, in der über die russische Antwort beraten wurde. In den Kreisen der Entente wird angenommen, daß die Verweigerung der Prüfung der russischen Antwort an den Sachverständigenausschuss mit von der Konferenz festzustellenden Modalitäten von der Mehrheit der Mächte gebilligt wird. Für heute morgen ist die Kommission, die sich mit den russischen Angelegenheiten befaßt, einberufen worden.

Eine offiziöse englische Erklärung über die Ausnahme der russischen Note.

London, 12. Mai. Neuter berichtet aus Genua, obgleich die russische Antwortnote nach einer vorläufigen Prüfung nicht befriedigend zu sein scheint, werde sie vom britischen und italienischen Standpunkt aus als eine Antwort angesehen, mit der man weiter kommen könne. In britischen Kreisen werde ungefähr folgender Standpunkt vertreten: Es gibt zwei Seiten der britischen Politik: die eine ist der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands und die andere ist die Schaffung des Friedens. Wenn Rußland bereit ist, auf die Kredite zu warten, so ist man auf englischer Seite geneigt, die Fragen, die durch die russische Note aufgeworfen werden, zu prüfen. Es sei klar, daß Rußland nach Frieden strebe und auf englischer Seite glaube man, daß die russische Antwort eine Grundlage biete, auf der man mit der Friedenspolitik fortfahren könne. Die Frage des Friedens sei wesentlich und England sei entschlossen, sie nicht aufzugeben. Es sei unbedingt sicher, daß England die Verhandlungen weiterführen werde. England sei nicht bereit, die Frage des Privateigentums zum Vorwand für einen Großkampf gegen den Frieden machen zu lassen. Die russische Note werde sehr wahrscheinlich den Gegenstand eines großen Streites bilden. Sie werde wahrscheinlich in den nächsten Tagen im Unterausschuss zur Erörterung kommen.

Ein scharfer englischer Kommentar.

Genua, 12. Mai. (Spezialbericht des W.B.) Auf der Pressekonferenz von heute vormittag teilte Sir Edward Grigg bezüglich der russischen Antwort folgendes mit: Wir werden das Dokument, das die Russen vorgelegt haben, prüfen. Wir halten es vom Standpunkt des russischen Volkes für ein ziemlich tüchtiges (1) Machwerk, das an Stelle praktischer Vorschläge zu Verhandlungen und einer praktischen Behandlung der Probleme eine Fülle von Propaganda-Momenten enthält. Wir wollen aber trotzdem nicht dem russischen Volk und Europa den Frieden vorenthalten. Wir werden mit den Diskussionen über den Frieden fortfahren. Wir sind bereit, auf die russische Anregung, daß die ökonomischen Angelegenheiten einer Sachverständigen-Kommission unterbreitet werden sollen, einzugehen. In der Zwischenzeit wollen wir die gegenwärtig bestehenden Grenzen während einer provisorischen Periode des Nichtangriffs als de facto bestehend anerkennen. Diese Behandlung der Grenzfragen soll provisorisch solange Geltung haben, bis die Kommissionen ihre Arbeiten beendet haben. Mit dem Grundsatz, daß die Propaganda-Tätigkeit in allen fremden Ländern eingestellt wird, sind wir einverstanden. Nur muß hierbei durchaus das Prinzip der Gegenseitigkeit gelten. Im

io
seife
ebigkeit,
sche.
TGART
hätten

Calw

er!

0. April 1922 wurde

stellt und in Anteile

immer, in Stamm-

in den Verkaufs-

rs ausgestellt.

die erst später Mit-

die Einzahlung bis

Zahlung genommen.

Kapitalanlage recht

che Zeichnung, damit

waltung.

ne 1. schlüßrige, tannene

ettlade

holzharben gestrichen,
en, samt Patentrost hat

Auftrag zu verkaufen

ntlermeister Stark,
Bad Liebenzell.

Althengstett.

ne junge

Ziege

einem 3 Wochen alten

u g e n verkauft

ob Frohnmeyer.

ahrknecht

er sofort gesucht

ader Mineralquelle

erner

Schweizer

für 5 Kühe

sofort gesucht.

atorium Bad Leinach

Suche

. Juni fleißiges, ehrliches

Mädchen

Küche u. Haushaltung

Frau Gottlob Weiß,

Bierdepot Calw.

ER'SCHE
REI CALW

ns
rften,
pekten,
en

Wegen bebauen die im Interesse des russischen Volkes sehr, daß durch die russische Antwort eine neue Verzögerung der endgültigen Lösung verursacht werde.

England befürchtet ein selbständiges Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland.

London, 12. Mai. (Reuter.) Chamberlain führte gestern in einer Rede, die er in Birmingham hielt, aus, daß er tief beunruhigt sei über den Widerstand, den Frankreich einer Beratung der Alliierten über eine gemeinsame Maßnahme für den Fall, daß Deutschland die Reparationsschuld nicht bezahle, entgegensetze.

Der italienische Außenminister optimistisch.

Genua, 12. Mai. (Spezialbericht des W.F.B.) Schanzer erklärte im Pressesaal vor Vertretern der internationalen Presse über die russische Antwort, die italienische Delegation sei der Ansicht, daß es sicher nicht angebracht wäre, die Verhandlungen abzubreaken. Man könne es nicht ablehnen, die Besprechungen fortzusetzen. Der letzte Teil der Antwort, wo Rußland den Wunsch ausspricht, an dem Werk der Konsolidierung des Friedens mitzuarbeiten, sei sehr tröstlich und sei ein Zeichen für den Erfolg der Konferenz. Schanzer schloß: Bevor die Konferenz endet, muß von Genua ein Wort des Friedens und das Versprechen ausgehen, daß es keinen Angriff zwischen den Völkern geben darf. Wenn die Pressevertreter an dem großen Werke mitwirken, werden sie sich ein Verdienst um die ganze Menschheit erworben haben. (Lebhafter Beifall.)

Frankreich verhält sich weiterhin „reserviert“.

Paris, 12. Mai. Der Avas-Vertreter in Genua schreibt, da die französische Delegation das Memorandum vom 2. Mai nicht unterzeichnet habe, behalte sie die volle Freiheit in den Beratungen der russischen Frage, an denen sie wie die Belgier zweifellos auch weiterhin nur offiziell teilnehmen werde. Wahrscheinlich werde sich Barthou auf eine einfache Erklärung im Sinne der Vertagung der Konferenz beschränken und sich nicht gegen die Bildung von Sachverständigen-Kommissionen aussprechen, in denen die Alliierten und die Neutraten vertreten seien. Wenn sie ihre Arbeiten ausreichend gelöst hätten, würden die Sowjetvertreter von neuem zugezogen werden. Französischerseits werde man wahrscheinlich darauf bestehen, daß Montag oder Dienstag eine letzte Vollziehung der Konferenz stattfindet.

Abreise des deutschen Reichsfinanzministers nach Paris.

Berlin, 13. Mai. Wie die Blätter mitteilen, ist Reichsfinanzminister Dr. Hermes in Begleitung mehrerer Referenten nach Paris abgereist, um dort persönlich bei der Reparationskommission die aus der letzten Note der Reichsregierung sich ergebende Lage zu besprechen.

Amerikanischer Druck auf Frankreich?

Berlin, 13. Mai. Die „Wossische Zeitung“ meldet aus Paris, daß dort in offiziellen amerikanischen Kreisen Nachrichten aus New York eingelaufen sind, nach denen die größten Banken New Yorks und Chicagos sich an Morgan gewandt hätten, er möge von Frankreich und Belgien die Verpflichtung verlangen, nicht nach Deutschland einzurücken, wenn eine Anteihe in den Vereinigten Staaten möglich gemacht werde. Morgan sei weiter aufgefordert worden, zu verlangen, daß ein großer Teil der Besatzungstruppen am Rhein zurückgezogen werde, um Deutschland zu gestatten, die Wiedergutmachungslosten leichter aufzubringen. Morgan werde am 20. Mai in London eintreffen, wo er 2 oder 3 Tage bleiben werde, ehe er nach Paris gehe. — Man wird diese Meldung mit großer Vorsicht aufnehmen müssen, wenn auch natürlich die Amerikaner ein Interesse daran haben, vor Anlage ihres Kapitals einigermaßen gesicherte Verhältnisse in Europa zu erreichen.

Deutschland.

Berliner Pressstimmen über das Urteil im Prozeß Feschenbach.

Berlin, 12. Mai. Die Blätter heben die außerordentliche Bedeutung hervor, die der gestern vor dem Münchner Schöffengericht zu Ende gegangene Feschenbach-Prozeß für das ganze deutsche Volk hat. Die „Zeit“ betont, daß durch den Ausgang des Prozesses der Kampf gegen die Lüge von der Allieinschuld Deutschlands in schnellen und gewaltigen Fluß kommen werde. Der Kampf müsse nun auf der ganzen Linie entbrennen und dürfe nicht eher ruhen, bis das Ziel der Reinigung des deutschen Volkes von einer schweren Verleumdung und damit die Erschütterung der Grundlage des Versailler Friedens erreicht sei. Auch die „Wossische Zeitung“ weist auf die Pflicht des deutschen Volkes hin, das Ergebnis des Prozesses auszuwerten. Den stärksten Eindruck draußen in der Welt müsse es machen, daß die nächsten Freunde Eisners die Pflicht anerkannt haben, der Leugnung von Deutschlands Allieinschuld entgegenzutreten. Das „Tageblatt“ schreibt, der Prozeß habe das Urteil bestätigt, zu dem Raugly, ein Mann, dem niemand hüben und drüben Voreingenommenheit zugunsten des alten Deutschlands nachsagen werde, durch ein genaues Altestudium belehrt worden sei. Deutschland habe auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht. Im „Vorwärts“ weist Professor Hans Delbrück auf den dramatischen Höhepunkt hin, den der Prozeß erreichte, als Graf Montgelas erklärte, er habe auch einmal die Auffassung Eisners von der deutschen Kriegsschuld gehabt, aber seitdem er die Akten studiert und den wahren Zusammenhang kennen gelernt habe, bemühe er sich, diesen seinen Irrtum wieder gutzumachen, indem er alle seine Kräfte daran setze, die Versailler Lüge zu bekämpfen. Ohne jeden Rückhalt haben der Verteidiger Feschenbach, der Mehrheitssozialdemokrat Dr. Löwenfeld und Feschenbach selber darauf die gleiche Erklärung abgegeben. Das ganze deutsche Volk sollte sich jetzt um diese Parole sammeln. — Im bayerischen Landtag hat heute die Mittelpartei die Staatsregierung interpelliert, ob sie bereit sei, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese allen Staaten das durch den Prozeß gelieferte Material mitteilt, daß sie ferner die öffentliche Meinung der ganzen Welt über den festgestellten Sachverhalt aufklärt und daß sie schließlich die Revision des Vertrags von Versailles fordert.

amtliche Bekanntmachung.

Bieh- und Schweinemarkt in Herrensberg.

Der am 30. Mai 1922 fällige Markt ist unter einschränkenden Bedingungen genehmigt worden, in die auf dem Oberamt Einsicht genommen werden kann.

Calw, den 11. Mai 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Reinfall der Entente auf einen deutschen Angeber.

Berlin, 11. Mai. Wie eine hiesige Korrespondenz zu der Gelegenheit des Fällsers Ansbach zu berichten weiß, ist einer der Hauptbetrogenen der ehemaligen französischen Kriegsminister Lesebre, dem Ansbach namentlich eine Fülle auf freier Erfindung aufgestellten Materials über die deutsche Schutzpolizei geliefert. Das Material dazu hatte sich Ansbach unter der Vorspiegelung verschafft, daß er Redakteur eines Berliner Blattes sei und die Öffentlichkeit über die Einrichtungen der Schutzpolizei unterrichten wolle. Ansbach machte Lesebre unter anderem eingehende Angaben über die angeblich straffe Organisation der Schutzpolizei, stellte zwei lange Listen von überzähligen Beamten der Schutzpolizei zusammen, berichtete ausführlich von geheimen Waffenlagern und dem militärischen Trill der Schutzpolizei und wußte auch mit einem geheimen Aufmarschplan der Schutzpolizei in Süddeutschland im Falle einer Mobilmachung zu dienen. Eine erhebliche Unterstützung sollte die verkappte militärische Organisation der deutschen Studentenschaft liefern. Auf einem, einem hiesigen Studentenkorps gestohlenen Briefbogen berichtete Ansbach, wie die Mannschaft auf dem Tempelhofer Felde, das ihr angeblich vom Magistrat zur Verfügung gestellt worden sei, Übungen veranstaltete und daß die Schutzpolizei ihr dazu Offiziere und auch Gewehre lieferte. Dieses gefälschte Material ging, wie die Korrespondenz meldet, Lesebre zu bei persönlichen Besuchen, die Ansbach 2mal in Paris machte. Die Unterlagen dafür schöpfte er aus jedem zugänglichen Schriften und Büchern, frisierte aber das tatsächliche Material durch Uebertreibungen, eigene Zusätze, Kommentare und so weiter auf Kartenbogen mit Stempeln, durch Geheimberichte und dergleichen, sodaß es für die Entente brauchbar war. Alle diese Fälschungen spielten, der Korrespondenz zufolge, eine erhebliche Rolle bei den ausländischen Kontrollorganisationen.

Berlin, 11. Mai. Die Untersuchung gegen den Fällscher Ansbach wurde gestern den ganzen Tag über fortgesetzt. Wie die Blätter mitteilen, erklärte Ansbach, der Beweggrund zu seinen Taten sei nicht Geldgewinn sondern Befriedigung seines Machtstrebens gewesen. Er habe sich wiederholt gerühmt, der eigentliche Leiter der deutschen Außenpolitik zu sein. So berichtete er von einem Auftrag, den Verbleib der sieben deutschen weittragenden Geschütze zu ermitteln. Als er erklärt habe, das sei unmöglich weil die Geschütze gesprengt seien, habe man ihn aufgefordert, wenigstens die Konstruktionspläne zu liefern.

Berlin, 12. Mai. Wie die Blätter mitteilen, ist der Fällscher Ansbach heute vormittag mit der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums dem Untersuchungsrichter des Landgerichts I übergeben worden. Die Annahme daß der Fällscher sich auch innerpolitisch beschäftigt hat bestätigt sich. Er hat sowohl für die U. S. B. D. Berichte aus dem kommunistischen Lager als auch umgekehrt für die Kommunisten solche aus der U. S. B. D. angefertigt. Eine weitere Spezialität Ansbachs war die Fälschung von Einfuhrbewilligungen wegen der noch ein zweites Verfahren unter der Rubrik Heimemann und Genossen bei dem Berliner Landgericht I schwebt.

Berlin, 12. Mai. Reichswehrminister Dr. Geßler hatte mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ eine Unterredung über die Affaire des entlarvten Dokumentenfälschers Ansbach. Auf die Frage, ob Ansbach auch das phantastische russisch-deutsche Militärabkommen, das in der polnischen, französischen und englischen Presse kürzlich aufgetaucht war, hergestellt habe, antwortete der Minister, er könne dies nicht sagen. Immerhin verfolgten diese Fälschungen denselben Zweck wie die Arbeiten Ansbachs. Die Frage, ob die Fälschungen Ansbachs wirklich auf den Gang der Politik von Einfluß gewesen seien, beantwortete Dr. Geßler bejahend. In verschiedenen Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission fand sich eine ganze Reihe von Behauptungen, die, wie nunmehr festgestellt ist, in den Fälschungen Ansbachs wiederkehrten. Wenn es auch schmerzhaft ist, daß ein Deutscher durch freche Fälschungen dazu beigetragen hat, die Befriedung Europas hintanzuhalten, so läßt mich seine Entlarzung doch hoffen, daß nun dadurch eine Besserung eintritt, daß noch so aufgemachte und gestempelte Papiere nicht mehr ohne weiteres als Dokumente angesehen werden.

Endgültige Zuteilung des oberschlesischen Gebiets im Juni.

Oppeln, 11. Mai. Die Verhandlungen mit der interalliierten Kommission über die Grundsätze der Uebergabe der oberschlesischen Gebiete, die am 6. Mai begonnen haben, werden morgen in einer zweiten Sitzung fortgeführt. Neben diesen Verhandlungen sind direkte Verhandlungen mit Polen eingeleitet worden, einerseits durch den Präsidenten Schwendy, andererseits zwischen den beiderseitigen Sachverständigen. Sie betreffen Fragen der Eisenbahn, Post, Telegraphie, des Bergrechts und der Finanzen. Ein Rechtsüberleitungsabkommen ist bereits getroffen. Auch diese Verhandlungen mit den polnischen Vertretern werden morgen weitergeführt werden. Die interalliierte Kommission kann eine positive Angabe über den Termin der Uebergabe nicht machen, denn er hängt von den Verhandlungen in Genf ab, die vermutlich Mitte dieses Monats ihr Ende erreichen werden. Das Ergebnis der Verhandlungen in Genf muß aber dann erst von den beiderseitigen Parteien genehmigt und von den Regierungen ratifiziert werden. Man hofft, daß Ende Juni oder Anfang Juli die Uebergabe vollendet sein wird. Sie wird in gleichen Schritten an Polen und an Deutschland erfolgen. Man erwartet, daß die interalliierten Truppen gleichzeitig abrücken werden.

Oppeln, 13. Mai. Der Vorsitzende des gegenwärtig tagenden außerordentlichen Schwurgerichts, Landgerichtsrat Scholz aus Ratibor, ist durch das Justizdepartement der interalliierten Kommission seines Amtes enthoben worden, weil er die Herausgabe von Akten an den besonderen Gerichtshof verweigert hat.

Antonienhütte 13. Mai. In Neudorf wurden von der noch immer nicht unschädlich gemachten Räuberbande viele Geschäfte ausgeplündert und die Inhaber ihrer Barschaften beraubt. Die Gemeindegewehr mußte sich vor den Banditen zurückziehen. Neben einer großen Anzahl Handgranaten führt die Bande auch zwei Maschinengewehre mit sich. Auf Seiten der Gemeindegewehr sollen 7 Verwundete gezählt worden sein. Die Bande wird auf 200 Mann geschätzt.

Der Reichspräsident zur Eröffnung der Münchner Gewerbeausstellung.

Berlin, 12. Mai. Der Reichspräsident hat an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchensfeld folgendes Telegramm gerichtet: Zur heutigen Eröffnung der deutschen Gewerbeausstellung übermittle ich Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, und dem Präsidium der Gewerbeausstellung herzlichste Grüße und beste Wünsche. Möge diese Ausstellung Deutschland und der Welt ein wirkungsvolles Bild geben von den schöpferischen Kräften unseres Volkes und dem geistigen und künstlerischen Können seines Gewerbes. Möge die alle gute deutsche Arbeit darstellende Deutsche Gewerbeausstellung, die in der Vielgestaltigkeit der künstlerischen Art doch die Einheit unserer Kultur wiedergibt, auch ein neues festes Band der Zusammengehörigkeit sein zwischen Nord und Süd.

Fortsetzung der Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Leipzig, 12. Mai. Das Reichsgericht hat auf den 28. Juni für die Fortführung der Kriegsbeschuldigtenprozesse Termin anberaumt. — Das erste Verfahren richtet sich gegen den Arzt D. Michelson aus Berlin, der auf Grund der französischen Auslieferungsliste der Gefangenenmishandlung verdächtig erscheint. Dr. Michelson soll als leitender Arzt des Lazarets in Eßry und anderer Lazaretts französische Gefangene mishandelt haben. Außer mehreren deutschen Zeugen sind zu dem anberaumten Termin 14 französische Zeugen geladen. Die Verhandlungen werden einige Tage dauern.

„Reichseisenbahneckarten“.

Berlin, 12. Mai. Die durch die Presse gegangene Nachricht, daß das Reichsverkehrsministerium Generalabonnements für die deutschen Bahnen herauszugeben beabsichtige, trifft, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von maßgebender Stelle erfährt, zu. Die Ausgabe derartiger Reichseisenbahneckarten für die Dauer von 30, 45 und 60 Tagen sei in der Tat beschlossen worden. Weitere Einzelheiten und der Ausgabetermin ständen noch nicht fest.

Die Frage der Kartoffelversorgung im neuen Erntejahr.

Berlin, 11. Mai. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand, laut „Deutscher Allgem. Zeitung“ eine Besprechung mit den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher statt. Um die Schwierigkeiten und Mißstände der Kartoffelversorgung des Vorjahres zu vermeiden wurde einstimmig die Notwendigkeit anerkannt, schon jetzt die erforderlichen Schritte zur ausreichenden Eindeckung der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit Kartoffeln in dem kommenden Wirtschaftsjahr zu treffen. In möglichst großem Umfange sollen zwischen Handel und Konsumgenossenschaften einerseits und den landwirtschaftlichen Erzeugern andererseits Lieferungsverträge nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Vermeidung behördlicher Eingriffe abgeschlossen werden. Um die Deckung des Bedarfs auch derjenigen Bevölkerungsschichten zu erleichtern, die keiner Verbrauchergenossenschaft angehören, sollen die dem deutschen Städteverband angeschlossenen Städte veranlaßt werden, Organisationen zum Abschluß von Lieferungsverträgen zu schaffen. Zur Bekämpfung des wilden Kartoffelkaufs erklärten sich die Spitzenverbände übereinstimmend für eine Verschärfung der geltenden Konzeptionsvorschriften.

Die Kohleneinfuhr.

Berlin, 12. Mai. Die in den letzten Tagen verbreiteten Mitteilungen und Gerüchte, daß die Einfuhr englischer Kohle völlig freigegeben ist, entsprechen nicht den Tatsachen. Es ist gegen früher lediglich insofern eine Änderung eingetreten, als der Verbrauchskreis für ausländische Kohle für die Zeit vom 1. Mai bis 31. August 1922 erweitert wurde, sodaß innerhalb dieser Frist außer der Exportindustrie nunmehr auch der Hausbrand und die inländische Industrie ausländische Kohle beziehen dürfen. Dagegen bleiben alle anderen Beschränkungen für die Einfuhr und den Zwischenhandel mit ausländischen Kohlen nach wie vor bestehen.

Aus Stadt und Land.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Der Termin für die Anmeldeung von Baubewerben wurde auf 15. Mai festgesetzt. Für die Siedlung am Kapellenberg sind 15 Gesuche eingeleitet, weiterhin 10 Gesuche für Beamtenwohnungen und noch 3 weitere für Privatwohnungen in der Stadt. Bei einem städtischen Beitrag von 30 000 Mark müssen also insgesamt 84 000 Mark Baukostenzuschüsse geleistet werden. Die Siedler müssen eine Anzahlung von 10 Proz. des Bauwerts leisten. — Die Baukosten zur Herstellung der Kapellenbergstraße wurden infolge der Abänderung der Linienführung, die jetzt zwischen den bestehenden Häusern hindurch geht, um 64 000 M. erhöht. Da seit der Zeit der Genehmigung ein Lohnaufschlag von 112 Proz. erfolgt ist, so erfordert die infolge der ablehnenden Haltung der Anlieger nötig gewordene Abänderung eigentlich einen Aufwand von 132 000 M. Der Gesamtaufwand beträgt nun infolge der Abänderung und der Lohnhöhungen 624 000 M. Veranschlagt waren die Kosten ursprünglich zu 220 000 M. bei An-

Verhütung von Waldbränden.

Auf nachstehende Vorschriften und Strafbestimmungen wird nachdrücklich hingewiesen. Die Schuljugend sollte entsprechend belehrt und ermahnt werden.

Mit Geld bis zu 600 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer im Wald

1. mit unversichertem Feuer oder Licht betreten wird;
2. brennende oder glimmende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt;
3. oder in gefährlicher Nähe desselben im Freien Feuer anzündet oder im Falle der Erlaubnis dasselbe gehörig zu beaufsichtigen oder auszulöschen unterläßt oder den bei Erteilung der Erlaubnis ihm vorgeschriebenen Bedingungen zuwiderhandelt;
4. der Verpflichtung zur Anzeige eines Waldbrandes ohne genügende Entschuldigung nicht nachkommt oder bei einem Waldbrand der Aufforderung der zuständigen Beamten zur Hilfeleistung nicht entspricht, obwohl er der Aufforderung ohne erheblichen eigenen Nachteil Folge leisten könnte;
5. an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Heiden oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerangeden Sachen Feuer anzündet.

Mit Geld bis zu 1500 Mk. oder mit Haft wird bestraft, wer Waldflächen oder Felder, die an Waldungen angrenzen, abbrennen oder den hierauf bezüglichen Anordnungen der Forstpolizeibehörde zuwiderhandelt.

Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer vorsätzlich Waldungen in Brand setzt.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geld bis zu 9000 Mk. und, wenn durch den Brand der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängnis bis zu 3 Jahren wird bestraft, wer durch Fahrlässigkeit einen Waldbrand herbeiführt.

Calw, den 11. Mai 1922.

Stadtschultheißenamt: Gö h n e r.

Oberamtsstadt Calw.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Ministerialverfügung vom 9. März 1922 wurde durch Gemeinderatsbeschluß vom 30. März 1922 das

Sitzungsgeld

der Gemeinderatsmitglieder für Anwesenheit bei Sitzungen des Gemeinderats, der Abteilungen, Ausschüsse und Kommissionen ohne Rücksicht auf die Dauer der Sitzungen auf 10 Mark erhöht;

dieses Sitzungsgeld erhalten auch Nichtmitglieder des Gemeinderats bei Sitzungen von Abteilungen, Kommissionen usw. Die Erhöhung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Calw, den 12. Mai 1922.

Stadtschultheißenamt: Gö h n e r.

Lederstraße **Bezirks-Arbeitsamt** Fernspr. Nr. 161. Nr. 109

Offene Stellen für:

- 1 jg. Arbeiter für eine Brauerei
 - 2 jg. Dienstmädchen
 - 2 ledige Gartenarbeiter nach auswärts
 - 1 jg. Hausburche
 - 2 Pferdeknächte
 - 2 jg. Schneider
 - 1 Viehfütterer
- Mehrere Dienstmädchen für hier u. auswärts bei hohem Lohn.
Calw, den 12. Mai 1922. Verwalter: Pr o h.

Stadtgemeinde Weilderstadt.

Der am Montag, den 15. Mai ds. Js. fällige



Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt
findet statt. Personen aus versuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen, auch dürfen Klauenriese aus Sperr- und Beobachtungsgebieten nicht zugeführt werden. Ursprungszeugnisse bzw. amtserklärte Gesundheitszeugnisse sind beizubringen. Der Schweinemarkt beginnt um 7 Uhr, der Vieh- und Pferdemarkt um 8 Uhr.
Zum Besuch des Marktes wird hiermit eingeladen.
Stadtschultheißenamt: S c h ü h.

Wegen Fuhrwerksaufgabe kommt am Mittwoch, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr folgendes zur freiwilligen Versteigerung:

- 1 Arbeitspferd Braun-vallache, 9 J., alt, gut im schweren Zug
 - 2 Britschwagen,
 - 1 Leiterwagen, 2 Kastenwagen,
 - 2 kompl. Pferdegeschirre für schwere Arbeitspferde.
- Fritz Dötting, Brennerei, Calmbach D.-A. Neuenbürg.

Bauholz

10/10 oder 12/12 auch ungeschnitten ca. 5 cm. gesucht. Ferner einen Posten Bretter gegen Kasse. Evtl. auch Abbruchholz oder geeignetes Objekt. Angebote an Otto Frhoni & Co., G. m. b. H., chem. Fabrik, Stuttgart. Telefon 6105 7406.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Hirsau, den 12. Mai 1922.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater

Gustav Zeiber

Kameralsamtsdiener a. D., Veteran von 1870-71

nach längerer Krankheit im Alter von 74 Jahren verschieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

die Gattin: **Korona Zeiber m. Kinder**

Beerdigung findet Sonntag mittag 2 Uhr statt.

Liebelsberg, den 12. Mai 1922.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Bruder, Schwager und Vetter

Joh. Bühler

von seinem Leiden erlöst, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag mittag 2 Uhr.

Oberhangstett, 9. Mai 1922.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter

Margarete Rentschler, geb. Wiedmaier, Schreinermeisters-Witwe

für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen und für den erhebenden Gesang des Mädchenchors sagen auf diesem Weg herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Mezgerinnung Calw und Bezirk.

Der Verbandstag

findet am 15. Mai in Eßlingen statt. Abfahrt Calw Montag früh 5 Uhr. Der Vorstand.

Schreibmaschinen

erstklassige Systeme, neu und gebraucht

holet in jeder Preislage das

Büro-Maschinen-Spezial-Haus

Louis Schleh, Freudensdorf,

Schwarzwa. d. Fernruf Nr. 27.

Decken Sie sofort Ihren Bedarf vor dem neuen Preisaufschlag.

San. Kol. Calw.

Verammlung Dienstag, den 16. Mai abends 8 1/2 Uhr im Rebstock Anzug zivil. Führer: Pfizenmaier.

Berlora

ging am 2. Mai nachmittags auf dem Bahnhof in Liebenzell ein blaues Handtäschchen.

Inhalt eine Tulaarmbanduhr und ein Taschentuch. Bitte dasselbe gegen gute Belohnung abzugeben. Hotel „Lamm“ Liebenzell.

Ich suche für Küche und Haushaltung ein hierin bewandertes, zuverlässiges

Mädchen

Behilfs vorhanden. Frau Fabrikant Hippelein Calw, Uhlandstraße 660.

Fleißiges, eheliches Mädchen

gesucht. Ristowski, Ritter-Drogerie.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt Musikhaus Curth, Forzheim, Leopoldstr. 17 Archadenriedalch-Hofbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.

Landaufenthalt!

Geb. J. Frau sucht möbl. Zimmer evtl. ganze Pension in geb. Familie, auf Wunsch etwas Haushaltbeihilfe. Angebote unter E. P. 4086 an Rudolf Wöste, Forzheim erbeten.

Lichtspieltheater Badisch. Hof

Morgen Sonntag nachmittag 3 Uhr und abends 8 Uhr

Harry Piel „Der Fürst der Berge“

Romantisch-sensationelles Abenteuer in 6 Akten.

Wald-Kaffee-Eröffnung

Sonntag, 14. Mai.

Ferner empfehle ich mein

neu renoviertes Kaffee.

W. Wurstler.

Württembergische Volksbühne „Badischer Hof“.

Freitag, den 19. Mai, abends 8 Uhr

Der Kaufmann von Venedig.

Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.

Samstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr

Die kleinen Verwandten. Brantfchan.

Lustspiel in 1 Akt Bauernschwank in 1 Akt.

Lottchens Geburtstag.

Lustspiel in 1 Akt alle 3 von Ludwig Thoma.

Preise der Plätze:

am Freitag: 1. Platz 15 M., 2. Platz 12 M., 3. Platz 8 M.

am Samstag: 1. Platz 12 M., 2. Platz 9 M., 3. Platz 6 M.

Vorverkauf: Buchhdlg. Ernst Kirchner, Badstr.

Empfehle zur sofortigen Lieferung Einspänner-, Kuh- und Zweispänner-Grasmäher,

ferner zum jetzigen Gebrauch

Saatreggen, Feldpflüge

usw., sowie mein stets reichhaltiges Lager in sämtl. landwirtschaftlichen Maschinen u. Geräten und großem Ersatzteillager.

Max Zucker

landw. Maschinen u. Gerätebau Weilderstadt.

Marg. Knoll Liebenzell

empfiehlt

billige Reste und Stoffe für Blusen, Kleider, Schürzen und Bettzeug.

Mägauer Stangenkäse, Suppen-Rudeln, breite Rudeln, Makharoni empfiehlt Luise Rentschler, Zeinach.

Oberkollwangen. 30 Zentner

Roggenstroh

gibt ab M. Lutz.